



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 68 - Plenarwoche 18. - 22. Februar 2008

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen

1. Anlaufstelle für Europafragen

Kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU) sollen sich künftig einfacher über die EU Gesetzgebung sowie ihre wirtschaftlichen Chancen im Binnenmarkt informieren können. Über das neue „Enterprise Europe Network“, sollen die Betriebe Antworten auf ihre Fragen erhalten. Dem Netzwerk, in das die bisherigen Informationszentren integriert sind, gehören mehr als 500 Organisationen an, darunter Handelskammern und Universitäten. Durch die Bündelung der Ressourcen soll dem Bürokratieabbau gedient werden. Das Netzwerk soll es Unternehmen einfacher machen, ihr Innovationspotential zu entwickeln und ihr Bewusstsein für die EU-Politik zu verstärken. Fragen nach Fördermöglichkeiten, Forschungsprogrammen, Rechten des geistigen Eigentums oder Normen sollen beantwortet werden. Auch wer grenzübergreifend tätig werden möchte - ob innerhalb oder außerhalb der EU- kann sich an das Netzwerk wenden. Rund eine Million KMU in der EU könnten außerhalb ihres Heimatlandes tätig sein, wenn sie entsprechend unterstützt würden. Mithilfe des Netzwerks sollen Wirtschaftspartnerschaften und der Austausch von Know-How vermittelt werden. Weitere Informationen erhalten Sie unter: <http://www.enterprise-europe-network.ec.europa.eu/>

2. Fördermittel sollen Zahl der Lkw-Transporte verringern

Unternehmen, die zur Verlagerung von Gütertransporten von der Straße auf umweltfreundlichere Verkehrswege beitragen, können in diesem Jahr EU-Fördermittel von insgesamt 59 Mio EUR erhalten. Durch das Programm „Marco Polo II“ sollen Unternehmen unterstützt werden, die helfen, Kurzstreckenseeverkehr, Eisenbahn oder Binnenschiffe als Alternative zum Lkw-Transport interessant zu machen. Mit den Fördermitteln sollen die hohen Risiken in der Anlaufphase neuer Transportangebote gemildert werden. Aussicht auf Unterstützung haben nur Projekte, die auch nach der Förderdauer von maximal sechs Jahren am Markt bestehen können. Außer neuen Transportangeboten können auch technische Verbesserungen bezuschusst werden, die zum Beispiel Güterzüge schneller machen oder das Umladen von einem Verkehrsmittel auf ein anderes vereinfachen. Maximal könnten 35 Projekte ausgewählt werden. Die Anträge müssen bis zum 7. April gestellt werden. Für Marco Polo II stehen zwischen 2007 und 2013 insgesamt 400 Mio EUR zur Verfügung. Im vergangenen Jahr betrug die Fördersumme 57 Mio EUR und 27 Projekte wurden von der Kommission für unterstützungswürdig befunden. Mit dem Vorgängerprogramm Marco Polo I ist es nach früheren Angaben der Kommission möglich geworden, bis 2006 ein Frachtvolumen von zehn Mrd. Tonnen von der Straße auf Wasser oder Schiene zu verlagern. Mit Programmen wie Marco Polo will die EU einen Verkehrskollaps auf den Straßen der Gemeinschaft verhindern. Schätzungen der Kommission zufolge wird der Straßengüterverkehr bis 2020 um 55% gegenüber dem Jahr 2000 zunehmen. Weitere Informationen unter:

http://ec.europa.eu/transport/marcopolo/guide_proposers/index_en.htm

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Entbürokratisierung

In der laufenden Strassburgwoche wurden im Plenum die letzten drei der insgesamt 20 Kodifizierungsberichte, die ich als "Kodifizierungsbeauftragter" des Rechtsausschusses betreut habe, verabschiedet. Bei der Kodifizierung handelt es sich um ein Verfahren zur Vereinfachung bestehender europäischer Rechtsakte. Die Abstimmungen habe ich genutzt, um den deutschen Industriekommissar und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Verheugen, aufzufordern, die Entbürokratisierung weiter voranzutreiben. Konkret ging es um die Tatsache, dass unzählige Richtlinien bestehen, die, wie hier abgestimmt, Dinge wie "die Anbringung und Beleuchtung von Traktoren" regeln. Ich halte solche Regelungen, die beispielsweise bezüglich Traktoren über 100 Seiten im Amtsblatt füllen, für bürokratisch, nicht erforderlich und bürgerfern. Daher ist es mein Ziel im laufenden Jahr, gemeinsam mit Kommissar Verheugen, der seine Zustimmung signalisiert hat, für eine Entbürokratisierung auf diesem Gebiet zu sorgen.

2. Mehr Transparenz in Finanzangelegenheiten

Das EP fordert in seinem Bericht über die "Transparenz in Finanzangelegenheiten" u.a., sämtliche Informationen über Empfänger von EU-Geldern deutlich offen zu legen. Die Webseiten der Kommission sollen Informationen über die Empfänger von EU-Geldern aller Art, ob in Form von Verträgen, Beihilfen, Agrar- oder Strukturfondsausgaben, generell so aufbauen, dass Nachforschungen auf der Grundlage spezifischer Kriterien möglich sind, um ein Gesamtbild gewinnen zu können. In diesem Zusammenhang forderten die Abgeordneten die Kommission auf, zu prüfen, ob nicht eine umfassende Suchmaschine geschaffen werden kann, mit der Daten zu einzelnen Begünstigten abgerufen werden können. Schließlich forderten die Parlamentarier die Kommission auf, zu untersuchen, ob eine öffentliche schwarze Liste nachweislicher Betrugsfälle und der dafür verantwortlichen Stellen eingerichtet werden kann.

3. Maßnahmen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung

In dem Bericht über die "integrierten Leitlinien für Wachstum und Beschäftigung - Grundzüge der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft" sowie in einer Resolution zur Lissabon-Strategie listeten die Abgeordneten eine Vielzahl von Maßnahmen und Forderungen auf, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Danach muss die EU ihr Wachstumspotenzial steigern und die unzureichende Binnennachfrage ankurbeln. Nötig sind unter anderen eine gesunde Fiskalpolitik, die Bekämpfung von Protektionismus, eine Verlagerung der Steuerlast von der Arbeit auf die Verschlechterung der Umwelt, mehr Investitionen in Bildung sowie eine gerechtere Verteilung der Früchte des Wachstums. Auch für die Einführung von Mindestlöhnen und mehr Transparenz auf den Finanzmärkten sprach sich das EP aus.

III. Weitere Themen waren

- EP fordert Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland und Spanien
- Ablehnung des Berichts zur Terrorismusbekämpfung
- Aussprache über die Zukunft Europas
- Strategie der EU für Zentralasien
- Vertrag von Lissabon
- Debatte zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovo

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.europa.eu/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/>

Europabüro, Bahnhofstraße 1, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: info@europa-mayer.de
Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94
E-Mail: hans-peter.mayer@europarl.europa.eu und Internet: www.europa-mayer.de